

SPD-Landtagsfraktion S-H, Landeshaus, Postfach 7121, 24171 Kiel

An den
Vorsitzenden des Bildungsausschusses
Herrn Peer Knöfler
Geschäftsführer des Bildungsausschusses
Herrn Ole Schmidt

Besucheradresse
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon 0431 988 1329
Telefax 0431 988 1313
E-Mail k.vogel@spd.ltsh.de
Webseite www.spd-fraktion-sh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/3603

20. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
lieber Herr Schmidt,

für die nächste Sitzung des Bildungsausschusses am 12. März 2020 bitten wir, den folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen und ihn in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln:

**Auseinandersetzung um menschenverachtende Äußerungen in der
Abiturzeitung 2019 des Gymnasiums Brunsbüttel.**

Wir nehmen Bezug auf einen Bericht in der Zeitschrift „Der Spiegel“ vom 15. Februar 2020. Das Ministerium möge zu folgenden Fragen berichten:

- Entspricht die Berichterstattung im Spiegel vom 15. Februar 2020 den Tatsachen? Falls nicht, möge das Ministerium darlegen, welche Sachverhalte unrichtig dargestellt sind und wie sie sich in Wahrheit zugetragen haben.
- In welcher Form hat Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber welcher Stelle einen „Hinweis gegeben“, dass ihrer Auffassung nach der Umgang der Schulleitung mit Verantwortlichen für die in Rede stehenden Äußerungen und ihre Veröffentlichung als Teilnehmer eines Schulmusicals zu beanstanden seien?
- Warum und in welcher Form hat das Bildungsministerium gegenüber dem Schulleiter, Herrn Thee, dienstlich darauf hingewirkt, die ursprünglich vorgesehenen Sanktionen gegen die betroffenen Schüler (Ausschluss von der Beteiligung am Schulmusical bzw. Verweigerung eines Vorschlags zur Aufnahme in die Studienstiftung des Deutschen Volkes) aufzuheben oder zu modifizieren?

Über den konkreten Fall hinaus bitten wir das Ministerium um eine rechtliche und politische Einschätzung darüber, wieweit Lehrkräfte und Schulleitungen verpflichtet und berechtigt sind, strafrechtlich relevante oder politisch untragbare Äußerungen in Schülerzeitungen bzw. Abiturzeitungen zu unterbinden und gegebenenfalls die Verbreitung der Zeitschrift auf dem Schulgelände zu verbieten.

Mit freundlichen Grüßen

Kai Vogel
(Schulpolitischer Sprecher)